

Dankesworte Joachim Gauck

Festakt Reinhard Mohn Preis 2018
Gütersloh, 7. Juni 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Frau Mohn,

sehr geehrter Herr de Geus,

sehr geehrter Herr Elhadj As Sy,

sehr geehrte Damen und Herren,

Manchmal geht das Leben eigenartige Wege. Als Deutschland vor fast dreißig Jahren wiedervereinigt wurde, ist mir selbst in kühnster Phantasie nicht eingefallen, einmal für Bemühungen um Deutschland als Einwanderungsland und um eine Gesellschaft der Vielfalt ausgezeichnet zu werden. Was hatte ich in einem Land der geschlossenen Grenzen schon mit Einwanderung, was in einem Land der de facto Einparteienherrschaft schon mit Vielfalt zu tun?

Und nun stehe ich hier und bin überwältigt von dem Vertrauen, das Sie von der Bertelsmann-Stiftung mit dem Reinhard-Mohn-Preis in mich gesetzt haben. Die Bertelsmann Stiftung hat sich schon wissenschaftlich mit der multiethnischen deutschen Gesellschaft beschäftigt und in der Gestaltung des Zusammenlebens engagiert, als ich, der neue Bundesbürger, die Eingewanderten noch als weitgehend Unbekannte zur Kenntnis nahm - teils staunend und erfreut, teils skeptisch und besorgt.

Inzwischen ist mir das Zusammenleben der Verschiedenen selbst eine Herzensangelegenheit geworden, und die Bertelsmann-Stiftung, deren 40-jähriges Bestehen wir gerade erst vor gut einem Jahr gefeiert haben, ist mir in dem Prozess des Hineinwachsens in die Gesellschaft der Verschiedenen oft Anreger, Stichwortgeber und wissenschaftliche Quelle gewesen.

Liebe Frau Mohn, Herr de Geus, liebe Bertelsmann Stiftung – ich freue mich sehr und danke Ihnen von Herzen!

Dank auch an Sie, sehr geehrter Herr Elhadj As Sy, der Sie wie kaum ein anderer berufen sind, uns die internationalen Dimensionen des Themas Migration vor Augen zu führen. Es ist noch gar nicht lange her, dass Deutschland quasi im Windschatten der Geschichte lag und sich nicht von großen Migrationsbewegungen betroffen fühlte. Spätestens seit 2015 aber ist der Politik ebenso wie der Gesellschaft bewusst, dass jede Einwanderungspolitik nicht nur geprägt sein kann von eigenen nationalen Interessen und Bedürfnissen, sondern auch Antwort sein muss auf Interessen und Bedürfnisse von Auswanderern bzw. Auswanderergesellschaften. Kriege, Armut, terroristische Übergriffe, Klimawandel und ganz einfach und ganz mächtig die Sehnsucht nach einem besseren Leben haben dazu geführt, dass über 250 Millionen Menschen weltweit ihre Heimat verlassen haben, über 65 Millionen davon mussten fliehen.

Wenn ich heute hier darüber reden möchte, wie Deutschland Migranten in seine Gesellschaft zu integrieren versucht, so bin ich mir bewusst, dass dies nur der eine, der innenpolitische Teil unserer Verantwortung ist. Gleichzeitig bedarf es weit stärker und gezielter als bisher eines Engagements in der gesamteuropäischen Flüchtlingspolitik und einer Unterstützung besonders von Ländern in unserer Nachbarschaft, die Flüchtlinge in besonders hoher Zahl aufgenommen haben. Es bedarf eines weiteren internationalen Engagements zur Friedenssicherung, zur Unterstützung von Demokratie- und Menschenrechtsbewegungen in autoritären Ländern und zur effektiveren Gestaltung von Entwicklungshilfe. Es bedarf vor allem eines langen Atems und eines politischen Bewusstseins, dass, wer die internationalen Aspekte einer Migrationspolitik vernachlässigt, gleichzeitig mehr innenpolitische Probleme erhalten wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Land, in dem ich einst fast fünf Jahrzehnte meines Lebens verbracht habe, war Vielfalt, welcher Art auch immer, nicht erwünscht. Die relativ wenigen Fremden, die als Gastarbeiter meistens aus Vietnam und in geringerer Zahl aus Mosambik und Kuba kamen,¹ wurden möglichst in geschlossenen Wohnheimen untergebracht. Kontakte zu Einheimischen waren weitgehend untersagt, Gastarbeiterinnen, die schwanger wurden, mussten abtreiben oder ausreisen. Nicht-deutsch waren ansonsten nur die Sowjetsoldaten. Bei „verordneten“

¹ 1989 waren es 94.000 Menschen

Kontakten stießen kleine Abordnungen ausgewählter Soldaten auf ausgewählte DDR-Bürger von der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft.

Wir kannten keine Türken, keine Griechen und keine Italiener, keinen Gyros und keinen Döner und natürlich keine Moscheen. Ethnisch, religiös und kulturell war die DDR eine nahezu homogene Gesellschaft: Deutsch und zunehmend atheistisch, mit Würzfleisch und Sättigungsbeilage auf der Speisekarte.

Der Westen, den wir dann nach der friedlichen Revolution kennenlernten, hat die meisten Ostdeutschen mit seiner Vielfalt begeistert, die Welt wurde freier und bunter. Doch in einer Hinsicht hat uns die Vielfalt auch befremdet. Auf den Straßen hörten wir Sprachen, die wir nicht verstanden, in manchen Stadtteilen gab es Obst nur beim Türken, in grell erleuchteten, kahlen Räumen saßen schnauzbärtige Männer, die endlos lange Tee tranken, während ohne Ende der türkische Fernsehsender lief.

Befremdet hat manche auch, wie schnell der Westen einschließlich seiner ethnischen und kulturellen Vielfalt in den Osten vordrang. Direkt an meiner Hausecke in Berlin-Mitte, wo ich damals lebte, eröffneten Chinesen ein Restaurant, auf der gegenüberliegenden Straßenseite entstand ein Döner-Imbiss, etwas weiter zogen ein Spanier und ein Italiener ein. Die vielen Westdeutschen in den neu geschaffenen ostdeutschen Behörden konnten sich beim Lunch fast wie im Westen fühlen, aber viele Ostdeutsche fühlten sich wie im Ausland.

Ich war damals als Beauftragter der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen damit beschäftigt, die Öffnung der Archive des DDR-Geheimdienstes zu organisieren. 39 Millionen Karteikarten und 11 Kilometer Akten sollten wissenschaftlich ausgewertet und gleichzeitig für ehemals Bespitzelte zur Einsicht geöffnet werden. Vielleicht erinnern Sie sich: Es waren bewegte Jahre, mit vielen menschlichen Dramen aufgrund von Verrat und Betrug, und mit erbitterten und äußerst kontroversen Debatten, weil nicht wenige Stimmen eine Schließung der Akten und einen Schlussstrich unter die Vergangenheit forderten.

Jedenfalls drang das Problem der Einwanderung erst so recht in mein Bewusstsein, als es die Schlagzeilen der Zeitungen bestimmte. Das geschah allerdings sehr schnell. Nach Hoyerswerda und Hünxe im Herbst 1991 wurde meine Heimatstadt Rostock im August 1992 der dritte Ort, in dem es zu gewaltsamen Übergriffen auf ausländische Vertragsarbeiter und Flüchtlinge kam. Ich gestehe, es war ein Schock für mich. Rostock-Lichtenhagen war mir vertraut, nur wenige Kilometer entfernt von dem Viertel, in dem ich als Pastor tätig gewesen war. Wie konnte es so weit kommen, dass sich in einem Stadtteil,

der in DDR-Zeiten sogar als Vorzeigeobjekt galt, brutale Gewalt so widerstandslos austoben und eine Pogromstimmung erzeugen ließ? Wie konnte es so weit kommen, dass Nachbarn der Hetzjagd von Rechtsradikalen aus dem ganzen Bundesgebiet applaudierten und den Tod von unschuldigen Menschen billigend in Kauf nahmen?

In jener Zeit kam es zu weiteren Brandanschlägen in Mölln und Solingen, insgesamt acht Menschen kamen zu Tode, viele Dutzend wurden verletzt. Für die fünf Opfer der Familie Genc, derer vor wenigen Tagen Deutsche und Türken gemeinsam gedachten, hat der Bertelsmann-Konzern damals eine Million DM an Spenden zur Verfügung gestellt – ein Zeichen großartiger Solidarität und aufrichtigen Mitgefühls. Derartige Unterstützung war und ist wichtig und tröstlich und unerlässlich, aber gänzlich zu heilen vermag sie letztlich nicht. Das Trauma begleitet Überlebende von Attentaten zeitlebens. Ich spürte es deutlich 2014, als ich als Bundespräsident in der Kölner Keupstraße mit Menschen sprach, die zehn Jahre zuvor nur knapp den NSU-Anschlag mit einer ferngezündeten Nagelbombe überlebt hatten.

Deutlich sind mir die Gefühle jenes Tages in Erinnerung: die Gefühle von Wut und Scham bei den Begegnungen mit dem Inhaber des türkischen Friseurladens, vor dem die Bombe explodierte, und mit Angehörigen von Opfern anderer NSU-Anschläge. Wut darüber, dass es Rechtsradikalen über viele Jahre gelungen war, Menschen umzubringen, nur weil sie einer anderen Ethnie und einer anderen Religion angehörten. Scham darüber, dass die deutschen Behörden es nicht geschafft hatten, diese Anschläge zu verhindern und später so lange für ihre Aufdeckung brauchten, weil sie den rechtsradikalen Hintergrund der Täter ausblendeten.

Generell fällt mir dabei auf: Bis heute differiert in unserem Land der Umgang mit dem, was gemeinhin als rechts bzw. rechtsradikal verstanden wird. Die einen reden rassistische, rechtsradikale Haltungen, Milieus und Bewegungen klein, weil sie so unbedeutend seien, und übersehen dabei auch schnell, dass fremdenfeindliches Gedankengut zum Teil schon bis in die Mitte der Gesellschaft reicht. Andere erklären „Rechts“ pauschal zu einer Bedrohung für unsere Demokratie, wobei sie schon eine konservative Haltung in die Nähe des Faschismus rücken. In beiden Fällen entstehen Zerrbilder, die es aufzulösen gilt, um gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit tatsächlich einen möglichst breiten Widerstand zu schaffen.

2014 in Köln ist es gelungen: 70.000 Menschen kamen anlässlich des Gedenktages zu einer großartigen Veranstaltung mit Politikern und Künstlern, Einheimischen und Eingewanderten zusammen, einer Veranstaltung, die Mut machte, weil sie keine Spaltungen zuließ und ein Versprechen für die Zukunft abgab: *Birlikte – Zusammenstehen!*

In einem Einwanderungsland wie Deutschland - das ist mir in den Jahren seit der Wiedervereinigung sehr deutlich geworden - kann Gemeinschaft nicht entstehen, wenn Einheimische und Eingewanderte in Kernfragen nicht an einem Strang ziehen. Einheimische und Eingewanderte sprechen zum Teil unterschiedliche Sprachen, pflegen andere Bräuche, gehören unterschiedlichen Religionsgemeinschaften an – und diese kulturellen Prägungen sollen, wenn sie sich nicht gegen andere richten, niemandem genommen werden, denn sie gehören zu seiner Identität dazu. Allerdings brauchen die Verschiedenen trotz oder besser: *gerade* wegen dieser Unterschiede auch das Gemeinsame, weil jeder Staat auf Solidarität und Loyalität seiner Bürger angewiesen ist. Sie brauchen Essentials, die nicht zur Debatte stehen, und sie brauchen variable Regeln, die jeweils einzuhalten sind, damit diese Demokratie, die *allen* ihren Bürgern gleiche Rechte sichert, bewahrt und beschützt bleibt.

Daran habe ich gedacht, als ich mehrfach von dem neuen „Wir“ gesprochen habe, das es in diesem Land zu schmieden gilt. Ein Wir, das nur entstehen kann, wenn die Einheimischen die Eingewanderten nicht ausgrenzen oder diskriminieren, und wenn die Eingewanderten sich gegenüber dem neuen Land nicht verschließen oder sich sogar dagegen positionieren. Für dieses „neue Wir“ haben wir, die Demokraten, weit mehr Sorge zu tragen als bisher: Indem wir für dieses Land werben, das jedem Migrant mehr Chancen einräumt, als es die meisten Herkunftsländer je konnten oder wollten. Das mit seinem Rechtsstaat Gerechtigkeit und Sicherheit garantiert, die weder die meisten Herkunftsländer noch die traditionelle Paralleljustiz hier bieten können. Ein Land, das Selbstbestimmung und Eigenverantwortung fördert und das Individuum nicht einem Kollektiv unterwirft.

Ich weiß, dass die Skepsis oder auch die Ablehnung gegenüber Deutschland gewachsen sind, weil sich allzu viele Einwanderer nicht genügend anerkannt und nicht genügend gefördert fühlten und sie immer wieder auf Gleichgültigkeit, Diskriminierung oder auch offene Feindseligkeit gestoßen sind. Umgekehrt haben starke Zuwanderung und Probleme bei Erfassung und Eingliederung der Asylbewerber in der deutschen Mehrheitsgesellschaft Forderungen nach Abschottung und Wiederherstellung ethnischer Homogenität verstärkt. Ressentiment und Rückzug auf identitäre Positionen, wie wir sie in letzter Zeit auf beiden Seiten beobachteten, drohen so die Kluft zwischen Einheimischen und Zugewanderten zu

vertiefen.

Vielen ist gerade in den letzten Jahren klar geworden: All diese Probleme dürfen nicht mehr klein geredet werden, sie gehören auf den Tisch. Denn nicht derjenige gewinnt Vertrauen, der Probleme verschweigt - aus Angst, Offenheit könnte die Rechtsradikalen begünstigen, sondern umgekehrt: Derjenige gewinnt Vertrauen, der Probleme benennt und löst und damit Rechtsradikalen den Boden entzieht.

Ohne Offenheit, Dialog und Empathie kann eine Gemeinschaft der Verschiedenen schwerlich entstehen. Doch Offenheit und Empathie gegenüber fremden Kulturen und Religionen dürfen nicht so weit gehen, dass sie in der Mehrheitsgesellschaft zur Relativierung eigener kultureller Werte führen, oder gar zur Relativierung demokratischer und freiheitlicher Grundwerte. Ich habe es mehrfach erlebt, dass manche Einheimische sensibel auf Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus oder Intoleranz reagieren, wenn sie bei ihren Landsleuten auftauchen. Gleichzeitig aber hatten und haben dieselben liberal denkenden Menschen kein Problem damit, eine Zusammenarbeit mit Migranten oder Migrantenorganisationen zu pflegen, die ihrerseits fremdenfeindlich, nationalistisch oder intolerant sind.

Durch viele Gespräche gerade mit Migranten bin ich in den letzten Jahren zu der Überzeugung gelangt: Nachsicht an der falschen Stelle kann das Gegenteil von dem bewirken, was intendiert ist. Wer duldet, was kritikwürdig ist, befördert nicht Umdenken, sondern trägt dazu bei, dass sich intolerantes und korrekturbedürftiges Denken verfestigt. Menschenrechte sind in unserem Land nicht nur für alle einzufordern - sie sind auch von allen einzuhalten. Wer etwa die Gleichberechtigung von Frauen nicht auch von Migranten erwartet, bleibt im Grunde einer paternalistischen Haltung verhaftet, die den Neuen nicht zutraut, was bei den Alten als Norm selbstverständlich ist.

Gerade Eingewanderte haben mich bestärkt, an jenen Werten festzuhalten, die in unserer Gesellschaft erst die Voraussetzung für ein demokratisches Miteinander bilden. Und gerade Gespräche mit Migranten haben mir die wunderbare Erfahrung vermittelt: In diesem Land stehen nicht Einheimische gegen Eingewanderte, in diesem Land stehen demokratisch gesinnte Bürger gegen Bürger, die Pluralität ablehnen oder gar Hass säen und gewaltbereit sind – sei es auf Seiten der Einheimischen wie auf Seiten der Eingewanderten.

Wenn ich die Dinge recht sehe, so durchlaufen viele Menschen im Bereich Integration augenblicklich einen ähnlichen Lernprozess wie ich, in Deutschland wie in unseren

Nachbarländern. Ich habe bereits 2016 die belgische Stadt Mechelen besucht, deren Bürgermeister Bart Sommers zum „Bürgermeister der Welt“ gekürt wurde. Und auch Sie, liebe Frau Mohn, haben sich vor Ort ein Bild von der beeindruckenden Erfolgsgeschichte dieser Stadt gemacht. Ja – Mechelen ist ein Beispiel dafür, wie man es schaffen kann, aus einem verwahrlosten Ort mit hohem Migrantenanteil und einer starken rechtsextremen Partei eine attraktive Stadt zu machen, die wächst und die sicher ist. Und in der Einheimische und Zugewanderte MITEINANDER leben und Radikale kaum Nährboden finden.

Somers' Konzept ist streng: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und Radikalisierung und null Toleranz gegen Ausgrenzung und Intoleranz. Wenn der Staat lax ist, so die Erfahrung, hat er schon verloren. Somers' Konzept ist aber auch ermächtigend: Wer bestraft wird, soll verstehen, warum er bestraft wird. Eltern sollen Verantwortung für ihre Kinder, Bürger Verantwortung für sich und ihre Stadt übernehmen und Jugendliche sich mit dem Gemeinwesen identifizieren lernen.

Das Beispiel Mechelen zeigt, dass selbst dort, wo sich Parallelgesellschaften und Kriminalität entwickelt haben, die Entwicklung angehalten und eine neue, gutnachbarschaftliche Form des Zusammenlebens gefunden werden kann. Auf der Basis eines ganz einfachen gemeinsamen Nenners, der heißt: Wir wollen in unserem Viertel eine lebenswerte Zukunft für alle.

Im Rückblick muss ich gestehen: Ich konnte mir zwar bei der Wiedervereinigung nicht vorstellen, dass ich mich in meinem künftigen Leben so intensiv mit der Frage des Zusammenlebens der Verschiedenen beschäftigen würde. Andererseits liegt es auf der Hand, dass ich mich sowohl als Bürger wie als Präsident diesem Thema zuwenden musste. Denn das, was einst veranlasste, dass ich mich aus der Diktatur hinaussehnte, treibt mich auch in diesem Fall an: Der Wunsch nach einem Leben in Freiheit und gleichem Recht für die Verschiedenen. Nach einem Leben, das jedem Menschen die Chance der Selbstentfaltung, der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung bietet und das genau dadurch die Möglichkeit für ein gutes, weil menschenfreundliches Miteinander schafft. Wenn ich heute Ihren Preis annehme, gilt dieser Preis allen Menschen in unserem Land, die für dieses Miteinander arbeiten.